



KANTONSRATS PROTOKOLL

Sitzung vom 8. Mai 2018
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri

A 444 Anfrage Agner Sara und Mit. über die Kritik am Luzerner Asyl- und Flüchtlingswesen / Gesundheits- und Sozialdepartement

Sara Agner ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Sara Agner: Den Ausschlag zu dieser Anfrage hat ein Artikel in der „Luzerner Zeitung“ gegeben, in dem mehrere Personen verschiedene und zum Teil happige Vorwürfe zur Betreuung von Asylsuchenden erhoben haben. Trotz der nun vorliegenden Antworten auf meine Anfrage bleibt ein etwas fader Beigeschmack zurück. Auch wenn ein Teil der Abgänge mit schwankenden Asylzahlen begründet werden kann, bleibt eine Nettofluktuation von 10,1 Prozent. Im Vergleich zur übrigen Verwaltung ist die Fluktuation fast doppelt so hoch. Bei fast der Hälfte aller aufgelösten Arbeitsverhältnisse hat es sich 2016 und 2017 um Kündigungen durch die Arbeitnehmenden gehandelt. Diese Kündigungen stehen in keinem Zusammenhang mit den schwankenden Asylzahlen. Die Kontinuität in der Betreuung ist gerade bei Minderjährigen das A und O, das zeigen auch verschiedene Best-Practice-Beispiele in diesem Bereich. Eine tiefe Fluktuation hilft nicht zuletzt bei der Integration. Aus unserer Sicht wäre es deshalb wichtig, dass nicht einfach nach Erklärungen für die hohe Fluktuation gesucht wird, sondern dass auch Massnahmen ergriffen werden, um dem entgegenzuwirken. Im Gegensatz zur Berichterstattung in der „Luzerner Zeitung“ steht in der Antwort des Regierungsrates, dass bei den minderjährigen Personen aus dem Asylbereich (MNA) eine 7-Tage/24-Stunden-Betreuung gewährleistet werde. Hier wäre es interessant zu wissen, wie die Regierung zu den Vorwürfen der Mitarbeitenden steht; die Rede ist von fehlender Betreuung an den Wochenenden. Sind Vorfälle oder Ausnahmen bekannt, oder geht die Regierung davon aus, dass es sich bei den Vorwürfen um reine Unwahrheiten handelt?

Christina Reusser: Die Nettofluktuation von 10,1 Prozent ist sehr hoch und kann nicht einfach auf die Veränderungsprozesse zurückgeführt werden. Die Frage der konstanten Betreuung gibt mir ebenfalls zu denken. Gerade die MNA, die viel erlebt haben und zum Teil traumatisiert sind, benötigen eine konstante Betreuungs- und Bezugsperson. Es ist klar, dass es aufgrund der grossen Schwankungen bei den Neuzuteilungen auch zu Schwankungen beim Personalbestand kommt. Der Regierungsrat sollte entsprechende Massnahmen ergreifen, um den Personalbestand im Betreuungsbereich konstanter halten zu können.

Claudia Huser Barmettler: Wir standen und stehen dem Betreuungswechsel von der Caritas zum Kanton kritisch gegenüber. Dieser Wechsel ist nun aber Realität, und wir anerkennen, dass ein solcher Wechsel eine grosse Veränderung ist und es seine Zeit braucht, was zu Unsicherheiten und Fluktuationen führen kann. Daher äussere ich mich nicht zur Fluktuationsrate, denn diese sagt aus meiner Sicht nicht so viel aus. Was uns aber beunruhigt, ist die Begleitung und Betreuung sowie die Förderung der Integration der

Asylsuchenden. Gemäss meiner Anfrage A 507, welche sich aus Hinweisen aus mehreren Bereichen ergeben hat, scheint der Kanton massiv zu sparen und seinen Auftrag zu einer gelingenden Integration nicht zuverlässig wahrzunehmen. Neben einer Kostenverlagerung der Sozialhilfe zu den Gemeinden nach zehn Jahren werden dadurch wohl auch die soziale Sicherheit und der soziale Frieden nicht gefördert. Wir beobachten die Situation genau und sind schon heute auf die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung im Herbst gespannt.

Räto B. Camenisch: Es hat viele Jahre gedauert, bis die Regierung eingesehen hat, dass man der Caritas diesen Auftrag wegnehmen muss. Es handelt sich um eine Herkulesaufgabe, der sich der Kanton gestellt hat. Es war richtig, dass die Mitarbeitenden der Caritas zu Beginn vom Kanton übernommen wurden. Mit einem neuen Arbeitgeber kommt es auch zu einer neuen Philosophie. Es ist nur natürlich, dass sich einige Arbeitnehmende mit der neuen Philosophie nicht mehr identifizieren können. Wir wollten aber genau eine Änderung der Philosophie. Diese „Säuberung“, wenn Sie so wollen, hat stattgefunden, und wir verfügen nun über motivierte Mitarbeiter. Jetzt kommt es darauf an, wie das Departement diese Herkulesaufgabe löst. Die ersten Resultate zeigen, dass dieses Experiment gelingt. Wir sollten hinter dem Gesundheits- und Sozialdepartement stehen, damit der Kanton Luzern in dieser Beziehung Erfolg haben wird.

Yvonne Zemp Baumgartner: Die Problematik der Personalfluktuations im Asyl- und Flüchtlingswesen hat sicher mit den schwankenden Zahlen bei den Zuweisungen zu tun und somit mit Unsicherheiten und Existenzängsten bei den Mitarbeitenden. Die Caritas konnte solche Schwankungen mit ihren verschiedenen Standbeinen besser überbrücken. Heute gibt es mehr befristete unsichere Anstellungen und darum mehr Abgänge. Das hat aber nichts mit einer „Säuberung“ zu tun. Im MNA-Zentrum sind 120 Jugendliche zu betreuen. Mit einem durchschnittlichen Betreuungsschlüssel von 1 zu 7 besteht die Gefahr, dass vieles nicht aufgefangen werden kann. Es handelt sich hier um Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen; sie sind traumatisiert und haben Schreckliches erlebt, das unmittelbar wieder aufflammen und sowohl psychische Probleme als auch Gewaltbereitschaft auslösen kann. Vor allem weil die jungen Menschen neu in unserer Gesellschaft sind, braucht es eine Aufklärung über unsere Kultur und über den Umgang miteinander. Sie benötigen Unterstützung bei ihren persönlichen Geschichten und Erlebnissen. Die Schweizerische Flüchtlingshilfe empfiehlt darum einen Betreuungsschlüssel von 1 zu 5. Die Qualität der Betreuung und damit auch die soziale Unterstützung und Begleitung der einzelnen Jugendlichen ist bei einem Betreuungsschlüssel von 1 zu 7 weniger optimal. Es ist zudem eine Belastung für das Betreuungspersonal und führt schlussendlich auch zu dieser grossen Fluktuationsrate. Für die Jugendlichen wären stabile soziale Bezugspersonen wichtig. Der Kanton muss deshalb genügend Geld investieren, um Nachfolgekosten vermeiden zu können.

Gerda Jung: Das Asyl- und Flüchtlingswesen wurde in den vergangenen zwei Jahren in neue Bahnen gelenkt. Der Wechsel von der Caritas zum Kanton bedeutete, Entscheidungswege zu verkürzen, Finanzen zu optimieren und den Gesamtüberblick zu behalten. In verschiedenen Zentrumstypen wurde Personal in Betreuung, Begleitung und Sozialarbeit und in der Verwaltung engagiert. In allen Bereichen wurde mit dem offiziellen Betreuungsschlüssel die bestmögliche Besetzung geschaffen. Die Anforderungen sind hoch. Die CVP-Fraktion erachtet den viel genannten Personalschlüssel gemäss der Antwort des Regierungsrates als erfüllt und hofft, dass die Teams den Asylbewerbern stabil und mit wenig Fluktuation Orientierung und Halt vermitteln werden.

Angela Pfäffli-Oswald: Die Aussage der Regierung, dass das Asyl- und Flüchtlingswesen ein sehr volatiler Bereich ist und der Arbeitsanfall schlecht zu berechnen ist, weil Neuzuteilungen oft kurzfristig erfolgen, ist nachvollziehbar. Mit diesem Unsicherheitsfaktor wird die erhöhte Fluktuationsrate begründet. Zwei erschwerende Faktoren waren sicher das Aufeinandertreffen von zwei unterschiedlichen Betriebskulturen und die angespannte Lage im Asyl- und Flüchtlingswesen 2015, welche das Risiko eines Anstiegs der Fluktuationsrate erhöhten. Dennoch, die Begründungen lassen aufhorchen. Die Anzahl beendeter Arbeitsverhältnisse wird nicht erklärt; leider sagen die Antworten zur heutigen

Personalsituation nichts aus, und es stellen sich neue Fragen. Wie viele der aufgelösten Arbeitsverhältnisse wurden ersetzt? Läuft es jetzt besser? Offen ist ebenfalls, wie damit umgegangen wird, wenn sich der Personalbestand jeweils dem Klientenbestand anpassen muss. Wird in diesem Fall temporäres Personal angestellt? Ist die Verbindlichkeit der Arbeitseinsätze klar, oder gibt es gar Anstellungen auf Abruf? Wir konnten feststellen, dass die Leitung und Führung der Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen (DAF) einen guten Eindruck hinterlässt und alles unter Kontrolle hat. Sicher braucht es etwas mehr Zeit, bis sich die beiden Betriebskulturen gefunden haben und entsprechende Schwierigkeiten aus dem Weg geräumt sind. Eine offene und regelmässige Kommunikation über den Stand heute, über die Personalsituation und über die Vor- und Nachteile der Übernahme sowie eine Darstellung über die Herausforderung, der sich die DAF stellen muss, ist immens wichtig, damit unnötiger Kritik vorgebeugt werden kann und die Akzeptanz der Bevölkerung vorhanden ist.

Christina Reusser: Der Wechsel von der Caritas zum Kanton wird zu einseitig thematisiert. Es arbeiteten auch sehr motivierte Mitarbeitende in der Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen, die in der Zwischenzeit aber bereits wieder gekündigt haben. Es liegt am Kanton, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen, damit es zu keinen weiteren Kündigungen kommt. Meines Erachtens reagiert der Kanton in gewissen Situationen zu spät. Eine Fluktuationsrate von 10,1 Prozent würde uns noch nicht beunruhigen, aber andere Vorfälle, die auch dem Gesundheits- und Sozialdirektor bekannt sind, verlangen eine schnellere Reaktion.

Ylfete Fanaj: Rätö B. Camenisch hat in seinem Votum die Grenzen überschritten, indem er davon gesprochen hat, man habe in diesem Bereich eine „Säuberung“ vornehmen müssen. Unter Säuberung versteht man Zwangsausgrenzung, es gibt aber auch ethnische Säuberungen. Wir erwarten von Rätö B. Camenisch, dass er sich für diese Aussage entschuldigt.

Rätö B. Camenisch: Für mich heisst säubern, die Sache etwas ausgleichen, damit weitergearbeitet werden kann. Das hat nichts mit Rassen oder Personen zu tun. Es kommt noch hinzu, dass die Angestellten selber gekündigt haben. Es gibt also keinen Grund, dass ich mich entschuldigen müsste.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Wir empfanden die Berichterstattung in der „Luzerner Zeitung“ als ein wenig einseitig und hatten mit der Art und Weise etwas Mühe. Konkret ging es um zwei Mitarbeiterinnen, die mit dem Arbeitsregime nicht zufrieden waren. Wenn sich jemand in einem solchen Fall an die Medien wenden will, dann soll er das tun, ich lasse mich nicht erpressen. Weiter geht es um den Fall eines unbegleiteten Minderjährigen (MNA), dem die Grenzen aufgezeigt wurden und der sich an die Medien gewandt hat. Deswegen wird das Regime aber nicht geändert. Es gibt Regeln, die für alle gelten. Ich bin froh darüber, dass wir den Auftrag der Caritas übernommen haben, das hätten wir schon viel früher tun sollen, denn wir können dadurch sparen. Das MNA-Zentrum muss nun eine eigene Kultur aufbauen, das braucht aber Zeit. Die Fluktuationsrate von 10,1 Prozent ist noch zu hoch, wir versuchen das aber zu ändern. Kantonsrätin Yvonne Zemp Baumgartner sprach von einer schlechten Bezahlung und von schlechten Rahmenbedingungen in diesem Bereich. Trotzdem hat sie gerade einem Postulat zugestimmt, das dem Kanton noch mehr Kosten verursachen wird. Es wäre jedoch sinnvoller, uns mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Unser MNA-Zentrum steht im Vergleich zu Zentren aus anderen Kantonen gut da. Natürlich haben wir in der Zwischenzeit auch einige Erfahrungen gesammelt und daraus gelernt. Ich selber besuche dieses Zentrum sehr oft. Ich habe auch schon Rückmeldungen von Kantonsräten erhalten, die selber schon im Zentrum waren – es ist schade, dass sie sich heute nicht zu Wort gemeldet haben. Im MNA-Zentrum gibt es Regeln, die eingehalten werden müssen. Ich lasse mich nicht erpressen; wenn jemand damit droht, an die Medien zu gehen, dann soll er das tun. Ich übernehme die Verantwortung und beantworte allfällige Fragen.